

„Zukunftspaket Bewegung, Kultur und Gesundheit“ für die junge Generation: Jetzt Anträge stellen!

Für das Jahr 2023 hat das von Lisa Paus (Bündnis 90 / Die Grünen) geführte Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ein Zukunftspaket für die junge Generation aufgelegt. Kinder und Jugendliche bis 26 Jahre können ab Januar 2023 direkt und niedrigschwellig Fördergelder für Projekte aus den Themenfeldern Bewegung, Kultur und Gesundheit beantragen. Dazu erklärt Leon Eckert, Mitglied der Grünen Fraktion des Bundestags:

„Kinder und Jugendliche mussten in den letzten Jahren im Alltag auf vieles verzichten. Ihre Interessen wurden auch in der Pandemiebewältigung oft nicht ausreichend berücksichtigt. Mit dem Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit setzt das grün geführte BMFSFJ dem etwas entgegen. Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, dafür 55 Millionen Euro in 2023 zur Verfügung zu stellen!

Das Ziel des Programms ist es, Kindern und Jugendlichen Raum für Teilhabe und Engagement zu geben und den psychischen Belastungen der letzten Jahre entgegen zu wirken. Es geht um kulturelle Bildung, Gesundheit und Zusammenhalt. Konkret kann das Geld z.B. für Festivals, Aufführungen, Sportturniere, Freizeiten oder Begegnungsräume verwendet werden. Dabei sind Personal- und Sachausgaben förderfähig. Wer Inspirationen für mögliche Projekte sucht, findet diese und weitere Informationen auf www.das-zukunftspaket.de.

Zur Beantragung der Fördermittel werden Kinder und Jugendliche Unterstützung von Kommunen oder Trägern wie Vereine brauchen. Meine Bitte: Unterstützen Sie Kinder und Jugendliche bei der Beantragung und Umsetzung. Denn die jungen Menschen wissen, was sie vor Ort brauchen und welche Angebote sie sich wünschen. Sie sollen mit Hoffnung und Mut in die Zukunft blicken und sich gut entwickeln können.

Die Verbesserung der Generationengerechtigkeit in Deutschland bleibt darüber hinaus für mich und für uns Grüne ein zentrales Thema – denn hier gibt es noch viel zu tun: der entschlossene Kampf gegen den Klimawandel, die Einführung der Kindergrundsicherung oder die Umsetzung der kindgerechten Einführung des Rechtsanspruches auf die Ganztagschule sind dafür nur ein paar Beispiele. Kinder und Jugendliche müssen endlich im Zentrum der politischen Diskussion stehen.

In einem Brief an die Ersten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die Jugendparlamente der Region habe ich über die Förderbedingungen aufgeklärt und appelliere an diese, die Chance für die jungen Menschen wahrzunehmen und das Programm vor Ort zu verbreiten und zu nutzen.“